

**Antrag auf**  **Änderung des Vornamens**  
 **Änderung des Familiennamens**  
 **Feststellung des Familiennamens**

Hinweis zum Datenschutz:

Die Daten werden aufgrund des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen erfragt. Werden keine oder unvollständige Angaben gemacht, kann der Antrag nicht bearbeitet werden.

**1. Es wird beantragt**

<input type="checkbox"/> Änderung des Vornamens	<input type="checkbox"/> Änderung des Familiennamens	<input type="checkbox"/> Feststellung des Familiennamens
bisheriger Name		gewünschter Name / als richtig festzustellender Familienname

**2. Begründung des Antrags (ggf. bitte auf besonderem Blatt fortsetzen)**

**3. Person, deren Name geändert / festgestellt werden soll**

Name(n) / Familienname(n)		sämtliche Vornamen		ggf. Geburtsname	
Geburtsdatum	Geburtsort		Standesamt und Nr. (Bei Geburt außerhalb des Bundesgebietes ist nach einer Beurkundung beim Standesamt I in Berlin zu fragen)		
Wohnanschrift (ggf. auch Nebenwohnanschrift angeben) Straße		Haus-Nr.	PLZ	Ort	
Staatsangehörigkeit <input type="checkbox"/> deutsch <input type="checkbox"/> _____		Familienstand		geschäftsfähig <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Kennzeichen und Führungsort des Familienbuches / Eheregisters (soweit bekannt):		Falls kein Familienbuch / Eheregister angelegt ist: Tag und Ort der Eheschließung		Bei Ledigen: Familienbuch / Eheregister der Eltern	

**4. Ehegatte der unter Ziff. 3 genannten Person, dessen Ehepartner  in gleicher Weise  nicht geändert / festgestellt werden soll**

Name(n) / Familienname(n)		sämtliche Vornamen		ggf. Geburtsname	
Geburtsdatum	Geburtsort		Standesamt und Nr. (Bei Geburt außerhalb des Bundesgebietes ist nach einer Beurkundung beim Standesamt I in Berlin zu fragen)		
Wohnanschrift (ggf. auch Nebenwohnanschrift angeben) Straße		Haus-Nr.	PLZ	Ort	
Staatsangehörigkeit <input type="checkbox"/> deutsch <input type="checkbox"/> _____				geschäftsfähig <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

**5. Minderjährige Kinder (auch solche, deren Name nicht geändert / festgestellt werden soll)**

Nr.	Name (sämtliche Vornamen, Familienname, ggf. Geburtsname), Geburtstag, Geburtsort, Familienstand, Standesamt und Nr.1), Wohnanschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort), Staatsangehörigkeit	Die Namensänderung/-feststellung erstreckt sich auf dieses Kind	Grund (falls nein)
1		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
2		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
3		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
4		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

**6. Antragsteller/in**

<input type="checkbox"/> Die unter 3 genannte Person in eigener Sache zugleich als <input type="checkbox"/> Eltern <input type="checkbox"/> Vater		<input type="checkbox"/> Die unter 3 und 4 genannten Personen in eigener Sache <input type="checkbox"/> Mutter des Kindes / der Kinder unter Ziffer <input type="text"/>	
Name und Anschrift der Personen, die noch nicht genannt sind			
in der Eigenschaft als <input type="checkbox"/> Eltern <input type="checkbox"/> Vater <input type="checkbox"/> Mutter <input type="checkbox"/> Vormund, Pfleger, Betreuer    der Person unter Ziffer <input type="text"/>			
Als Antragsteller/in versichere ich / versichern wir: <input type="checkbox"/> ein Antrag auf Namensänderung/-feststellung ist bisher noch nicht gestellt worden. <input type="checkbox"/> ein Antrag auf Namensänderung/-feststellung ist bisher bereits einmal gestellt.			
Ort, Datum des früheren Antrags	Bezeichnung der Behörde	Entscheidung der Behörde. Beigefügt ist: <input type="checkbox"/> Ablehnungsbescheid <input type="checkbox"/> Namensänderungsurkunde	
Ich versichere /Wir versichern die Wahrheit und Vollständigkeit meiner/unsere Angaben. Mir/uns ist bekannt, dass für die Bearbeitung des Antrages Verwaltungsgebühren erhoben werden; diese können bis zu 1022 Euro (Familiennamensänderung) bzw. bis zu 256 Euro (Vornamensänderung) betragen. Auch wenn der Antrag abgelehnt oder zurückgenommen wird, fallen Verwaltungsgebühren an. Zur Zahlung ist regelmäßig der Antragsteller verpflichtet. Ich/wir erkläre/n mich/uns zur Zahlung von Verwaltungsgebühren bereit. Zur Bearbeitung des Antrags sind Anfragen bei und Mitteilungen an andere Behörden notwendig. Hierzu gebe/n ich/wir meine/unsere Zustimmung.			

Mit meiner Unterschrift bestätige ich, dass ich die Datenschutzerklärung zur Kenntnis genommen habe und ihr zustimme.

Ort, Datum	Unterschrift Antragsteller/in	Unterschrift Ehegatte
------------	-------------------------------	-----------------------

**7. Vorstehende Unterschrift/en beglaubige ich:**

Ort, Datum	Aufnehmende Behörde (Siegel) und Unterschrift des Aufnehmenden
------------	--

## 8. Nachweise

	Es werden beigelegt für: Beispiel zu Eintragungen in dieser Spalte Für (Person zu Ziff. 1 des Antrags) oder kürzer: Für zu 1. 1.12 Reisepass 1.12 1.21 Besch. der Meldebeh. 1.21 1.31 Begl. Abschr. d. Geb. Eintr. 1.31 1.32 Begl. Abschr. d. Fam. Buches 1.32 1.4 Führungszeugnis 1.4	Blatt-Nr.  1 2 3 4 5
1. Nachweise nach Nr. 17 NamÄndVwV Regelmäßig von Antragsteller/in zu beschaffen 1.1 Zur Staatsangehörigkeit (Rechtsstellung) für alle im Antrag erfassten Personen (Nr. 17 Buchst. c) 1.11 Bescheinigung der Meldebehörde (Aufenthaltsbescheinigung) 1.12 Personalausweis oder Reisepass 1.13 Staatsangehörigkeitsausweis 1.14 Ausweis über die Rechtsstellung als Deutscher 1.15 Reiseausweis oder Eintragung der Ausländerbehörde im Pass oder Passersatz oder amtliche Bescheinigung gemäß § 2 Abs. 1 FlüchtlMaßnG 1.16 Weitere Auskünfte 1.17 1.2 Zum Wohnsitz (Nr. 17 Buchst. d) 1.21 Bescheinigung der Meldebehörde (Aufenthaltsbescheinigung s. o.) 1.22 Angaben über den Aufenthalt oder gewerbliche Niederlassung in den letzten 5 Jahren 1.3 Zum Personenstand (Nr. 17 Buchst. e) 1.31 Beglaubigte Abschrift des Geburtseintrags evtl. Beurkundung beim Standesamt I in Berlin 1.32 Beglaubigte Abschrift des Familienbuches / Eheregisters 1.33 Beglaubigte Abschrift des Heiratseintrages 1.34 Bescheinigung des Standesamts I in Berlin gemäß § 71a PStG 1.35 Kirchliche oder andere beweiskr. Bescheinigungen 1.36 1.4 Führungszeugnis nach § 28 BundeszentralregG für über 14 Jahre alte Personen (Nr. 17 Buchst. f) 1.5 Genehmigung des Vormundschaftsgerichts bei Antrag durch Vormund, Pfleger oder Betreuer (Nr. 17 Buchst. g) 1.6 Vorm.-gerichtl. Anhörung bei beschränkt Geschäftsfähigen über 16 Jahren (Nr. 17 Buchst. h) oder Geschäftsfähigen, für die ein Betreuer bestellt ist und ein Einwilligungsvorgehalt angeordnet ist (§ 2 (2) NamÄndG) 1.7 Einkommensnachweis, falls verlangt 1.8 Über Besitz des elterlichen Sorgerechts 1.9 Bescheid über frühere Entscheidung in einem Namensänderungsverfahren (Nr. 17 Buchst. i)		
2. Nachweise nach Nr. 18 NamÄndVwV Von der Behörde zu beschaffen 2.1 Auskunft aus dem Schuldnerverzeichnis (Nr. 18 Buchst. a) 2.2 Auskunft der zuständigen Polizeidienststelle bei über 14 Jahre alten Personen (Nr. 18 Buchst. b) 2.3 Stellungnahme des zust. Jugendamtes bei Stief- oder Pflegekindern (Nr. 18 Buchst. c) 2.4 Stellungnahme der Beteiligten (Nr. 18 Buchst. d) 2.5 Auskunft des Standesbeamten des Standesamts I in Berlin (Nr. 18 Buchst. e) 2.6		
3.		

**9. Verfügung der Behörde zur weiteren Vorbereitung des Antrags (Nr. 18 Abs. 1 NamÄndVwV)**

Die Verantwortung dafür, wer als Beteiligte/r zu dem Antrag zu hören ist, liegt bei der entscheidenden Behörde. Die den Antrag aufnehmende Behörde sollte jedoch in Amtshilfe die Anschriften der Beteiligten feststellen; sie kann diese auch anhören. Gleiches gilt für Anfragen an die nachgenannten Stellen.

Anfragen an:<sup>3)</sup>

Amtsgericht (Schuldnerverzeichnis) vgl. 2.1 – für alle volljährigen Antragsteller zuständig für den Wohnsitz – vgl. 1.21 –, bei Fehlen eines Wohnsitzes für den Aufenthalt oder eine gewerbliche Niederlassung innerhalb der letzten 5 Jahre – vgl. 1.22

Amtsgericht

Polizeidienststelle – vgl. 2.2 – für alle über 14 Jahre alten Personen, deren Name geändert werden soll, zuständig für den jeweiligen Wohnsitz – vgl. 1.21

Polizeidienststelle

Jugendamt – vgl. 2.3 –, wenn der Name eines Stief- oder Pflegekindes geändert werden soll

Jugendamt

Beteiligte zur Anhörung zu dem Antrag – vgl. 2.4

Beteiligte zu

Standesamt I in Berlin – vgl. 2.5 – wenn eine Person, deren Name geändert werden soll, nicht im Geltungsbereich des Gesetzes geboren worden ist.

Erledigt am:

Rückantwort am:

Ort, Datum

Unterschrift

3) Es empfiehlt sich, jeweils den Abschnitt – ggf. auch die Nummer – anzugeben, unter dem die Person aufgeführt ist, für die eine Behörde angeschrieben oder an die ein Schreiben gerichtet werden soll.

Behörde (Absender)

PLZ, Ort, Datum

Sachbearbeiter/in

Zimmer-Nr.

Telefon

Durchwahl (Nbst.)

Telefax

Unterschrift Sachbearbeiter/in

Urschriftlich mit allen Unterlagen der zuständigen Behörde übersandt.

zuständige Behörde

Anlagen/Bemerkungen/Stellungnahme

Eingangsvermerke der zuständigen Behörde